Über Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den Kämpfen um den Palast der Republik und um dessen kleinen Bruder, das SEZ

Vorbemerkung: Ich bin kein Fachmann für Architektur, Kunst oder Geschichte, nur ein Aktivist, der erreichen will, dass die Bürgerinitiative »SEZ für alle!« ihre Aufgabe erfüllt, den Interessen der Stadtbevölkerung für die Rettung des Sport- und Erholungszentrums in Berlin-Friedrichshain eine Stimme zu geben. Daher besteht auch kein Anspruch auf Vollständigkeit oder korrekte Reihenfolge dessen, was ich hier aufzählen möchte.

Was sind die Gemeinsamkeiten?

Beide Kulturhäuser, der Palast der Republik und das SEZ, gehören zur Ostmoderne und stammen aus der Spätphase des Kalten Krieges. Es sind DDR-Hinterlassenschaften, die als Prestigeobjekte (oder – wenn man so will – als Leuchttürme) mit internationaler Ausstrahlung und höchster Qualität des jeweiligen Bauwerks gelten.

Ihre Zerstörung folgt einem politischen Auftrag, nämlich, die DDR zu »delegitimieren«. Das ist wörtlich, ein Zitat aus den 90ern, von einem seinerzeit einflussreichen FDP-Politiker stammend – und ist nicht etwa unsere eigene Bewertung der Vorgänge. Die damit verbundene Entsorgung von Geschichte beinhaltet das Beseitigen sowohl von Sachzeugen als auch von Erinnerungen. Sie soll uns demoralisieren und diskriminieren. Denn es ist nichts anderes als Diskriminierung, wenn man die Lebensleistung der Ostdeutschen, die die beiden Objekte ja erarbeitet und bezahlt haben, so entwertet.

Peinlich für die BRD und für Berlin sind die beiden Abrisse gleichermaßen. Berlin macht sich damit international ebenso zum Gespött wie der deutsche Staat vor 20 Jahren, als etwa Renzo Piano (der Star-Architekt, dem Paris das Centre Pompidou maßgeblich verdankt) angesichts der begonnenen Beseitigung des von der Fachwelt bewunderten Palastes ausrief: »Wie kann man nur so dumm sein?«

Wie der Palast erfüllt auch das SEZ sämtliche Kriterien für Denkmalwürdigkeit: Beide sind sowohl städtebaulich, architektonisch, bautechnisch, historisch als auch in ihrer kulturellen und sozialen Funktion einzigartig. Eines der Kriterien allein würde schon ausreichen, um es unter besonderen Schutz zu stellen. Hinzu kommt noch, dass beide von der Bevölkerung positiv auf- und angenommen wurden, wie die Besucherzahlen eindrucksvoll belegen.

Dem versucht man auch heute wieder mit dem Vorwurf der Ostalgie als Totschlagargument zu begegnen, und man scheut auch nicht vor offenem Rechtsbruch zurück. Auf die Verletzung des Einigungsvertrags Art. 35 (2) haben beide Vorredner schon hingewiesen.

Das taktische Vorgehen folgt immer wieder demselben Muster: Schließen, teilweises Zerstören unter dem Vorwand der Schadstoffsanierung, dem weiteren Verfall preisgeben, einzäunen und hässlich machen, den Ruf nach Beseitigung eines

»Schandflecks« medial verstärken, um es endlich abreißen zu können.

Gegen die fortgesetzte Zerstörung hat sich über viele Jahre ein breiter Widerstand entfaltet, der im Fall des Palastes nahtlos in die Bewahrung der Erinnerung überging und das Sammeln und Dokumentieren (von Plänen, Fotos, Filmen, Stimmen), das Ausstellen und eine permanente Pressearbeit umfasst. In der von 2024 bis Anfang 2025 im Humboldt-Forum gezeigten Ausstellung »Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart« wurden beide Objekte aufeinander bezogen, und Besucher haben dort ihre Meinung hinterlassen und davor gewarnt, das SEZ (als es sich noch in Privatbesitz und im sogenannten »Dornröschenschlaf« befand) kampflos verlorenzugeben.

Nun könnte man denken, das Ringen ums SEZ sei nur eine lineare Fortsetzung des verlorenen Kampfes um den Palast, und sein Ausgang sei daher genauso vorherbestimmt. Es gibt aber einige durchaus relevante

Unterschiede:

Beim Palast gab es immerhin einen Beschluss des Bundestages, der seine Beseitigung erzwang. Sie war also zur Chefsache gemacht worden. Die Abrissmaßnahmen des SEZ sind hingegen reine Verwaltungsakte, bislang ohne Beschluss des zuständigen Parlaments. Wahrscheinlich traut man sich nicht an eine solche Abstimmung, weil die auch verlorengehen könnte.

Der Abriss des Palasts der Republik stand seit 1989 von vornherein fest, wie wir heute wissen. Beim SEZ wurde der Erhalt jahrelang zumindest in Aussicht gestellt.

Beim Palast standen Politik und Kultur im Fokus, für das SEZ waren eher Sport und Begegnung bestimmend.

Der Palast war ein reiner DDR-Bau, während das SEZ in ganz besonderer Weise systemübergreifend in Ost-West-Kooperation errichtet wurde. Diese Geschichte ruft auch bei Westlern ein spezielles Interesse hervor.

Als vor 20 Jahren der Abriss des Palasts vollzogen wurde, war die Zeit der Illusionen über den Kapitalismus noch nicht vorbei. Heute dagegen befinden wir uns im Zeitalter der Dekarbonisierung und der beginnenden »Bauwende«, deren Credo »Bestandsertüchtigung statt Abriss und Neubau« sich in den Köpfen der Menschen immer mehr durchsetzt – außer bei denen, die in Berlin gerade die Entscheidungen treffen.

Die Bewegung zur Rettung des kulturellen Erbes hat sich auch verändert: Für den Palast haben sich ostdeutschlandweit viele Menschen eingesetzt. Beim SEZ ist der Widerstand bisher noch eher Berlin-zentriert, hat aber dafür eine größere politische Breite erreicht. Im Berliner Abgeordnetenhaus gibt es eine klare Trennung zwischen Abrissbefürwortern in den Senatsparteien und der kompletten demokratischen Opposition. Linke und Grüne verteidigen es. Ältere und junge Menschen aus Ost und West unterstützen uns zunehmend, unabhängig davon, ob sie das Sportzentrum noch aus eigenem Erleben kennen oder nicht. Die Zukunft des SEZ wird zu einem wichtigen

Wahlkampfthema für die AGH-Wahl 2026. Heute sind die Möglichkeiten der Kommunikation und Mobilisierung durch die offiziellen und die sozialen Medien andere als vor 20 Jahren. Teile der hauptstädtischen Presse sowie Funk und Fernsehen begleiten uns mit Sympathie. Und auch die zunehmend enger werdenden stadtweiten solidarischen Bündnisse gegen die Politik der Zerstörung gab es damals noch nicht in der heutigen Form.

Für den Abriss wurden beim Palast vornehmlich die sogenannte Asbest-Belastung und die DDR-Symbolik ins Feld geführt. Diese Argumente haben inzwischen an Überzeugungskraft verloren. Denn wenn Asbest ein triftiger Grund gewesen wäre, müssten zahlreiche Gebäude im Westen ebenfalls schon lange verschwunden sein. Und das SEZ ist übrigens völlig ohne diesen Stoff ausgekommen. Jetzt konzentriert man sich auf die Wohnungsnot in Berlin mit dem falschen Argument, dass ohne massiven Neubau auf jeder dafür in Frage kommenden Fläche kein bezahlbarer Wohnraum mehr zu schaffen wäre. Dabei wird der mögliche Wohnungsumbau im Bestand – natürlich unter Einbeziehung des riesigen Büro-Leerstandes in der Stadt – nicht oder nicht ausreichend geprüft.

Den Nostalgie-Vorwurf gegen uns gibt es zwar immer noch, aber der ist inzwischen leichter zu widerlegen. Insbesondere, wenn man den Berliner Hohenzollern-Kult in Betracht zieht, der alles weit in den Schatten stellt, was sich gegen etwaige DDR-Nostalgie vorbringen lassen mag. Wir können uns von anerkannten Historikern aufzeigen lassen, wie die schlimmsten deutschen Kriegs- und Kolonialverbrechen in zwei Jahrhunderten maßgeblich im Berliner Schloss geplant oder vorbereitet worden sind.

Heute steht mehr das Geschäft als irgendeine fragwürdige Moral im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Der Abriss des SEZ und anderer Objekte in der ganzen Stadt wird von einer Lobby des Berliner Establishments vorangetrieben, indem sie sich den »Verwertungsdruck«, der auf innerstädtischen Filetgrundstücken lasten soll, zunutze macht. Überall werden die Ränder von städtischen Parks, die eigentlich unter Schutz stehen müssten, von der Immobilienwirtschaft angegriffen. Schaut man sich die Entwicklung der Bodenrichtwerte an, die sich auf dem SEZ-Gelände allein durch Umwidmung der Flächen von Sportnutzung zu Wohnbebauung mehr als verhundertfachen oder verzweihundertfachen, so bekommt man eine Ahnung von den märchenhaften Profiten, die dabei in Aussicht stehen dürften.

Fazit:

Vor 20 Jahren hat die geballte Staatsmacht die Beseitigung des Palasts kompromisslos durchgezogen, obwohl das auch damals schon ein kapitaler Fehler war. Heute sind die Chancen für den Erhalt des SEZ besser, da uns einige Bedingungen zugute kommen, wenn wir sie zu nutzen verstehen. Jetzt steht das Geschäftliche an erster Stelle, und das Interesse des Kapitals muss sich gegen organisierte Widerstände durchsetzen. Unsere Aufgabe ist es – auch durch Protest und dauerhafte Präsenz im öffentlichen Raum – die politischen Kosten des geplanten Abrisses so weit nach oben zu treiben,

dass die Gegenseite daran das Interesse verliert und zum Einlenken veranlasst wird. Wir sehen immer wieder mal einige Anzeichen dafür, dass das tatsächlich gelingen kann. Nachdenkliche Stimmen sind auch aus den regierenden Parteien zu vernehmen. Auf alle Fälle liegt jetzt Vieles an uns selbst. Der schon erreichte, temporäre und unsichere Abrissstopp muss in ein dauerhaftes Abrissmoratorium verwandelt werden, damit die bisher immer nur verhinderte demokratische Debatte über das Areal endlich beginnt und das SEZ zum Symbol für eine lebenswertere Stadt werden kann.

Bitte helft und unterstützt uns nach Kräften, unterschreibt die Petitionen, verteilt unsere Flyer, besucht unsere Webseite und achtet auf die nächsten Aktionen! Nehmt etwa an der Kundgebung am 11. Mai um 8:45 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus teil und verbreitet optimistisch unser Anliegen.

Vortrag von Volkmar Vogel für die Bürgerinitiative »SEZ für alle!« am 30. April 2026 bei der Vernissage der 37. Wanderausstellung zum 50. Jahrestag der Eröffnung des Palasts der Republik in der Maigalerie der Zeitung »junge Welt« in Berlin (nachträglich leicht bearbeitet).